

Aufruf zum 1. Mai

Weltweit wird der 1. Mai als Tag der Arbeit begangen. Die Arbeitnehmer*innen und Ihre Gewerkschaften rufen an diesem Tag auf, für Ihre Rechte auf die Straße zu gehen. Wegen der großen Einschränkungen im öffentlichen Leben ruft der DGB als Dachorganisation in diesem Jahr erstmals in 70 Jahren nicht dazu auf.

Dabei erfordert gerade die aktuelle Krise, dass wir aktiv auf der Straße sind. Es wird nicht die letzte Pandemie sein. Deshalb müssen unsere demokratischen Rechte auch während einer Pandemie gewahrt bleiben.

Unsere Forderungen zum 1. Mai:

- Geld für Gesundheit statt für Banken und Konzerne – der Personalnotstand in den Krankenhäusern und in der Pflege muss endlich beendet werden;
- Rekommunalisierung der Kliniken sofort;
- Berufe der Daseinsvorsorge müssen aufgewertet werden;
- keine Flucht aus der Tarifbindung, denn nur gute Tarifverträge und starke Interessenvertretungen in den Betrieben schützen die Beschäftigten;
- Beschlagnahmung von Dividende und Boni - Zahlungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen;
- wirksame und schnelle Hilfe für Menschen in Not und
- internationale Solidarität – deutsche Unternehmen dürfen die Krisenlast nicht entlang der Lieferketten in Entwicklungsländer abwälzen.

Die Corona Krise zeigt auch, dass die Feinstaub- und Stickoxid-Belastung der Stadtluft derart unsere Atemwege belastet, dass ein Virus wie Corona schneller in unsere Atemwege eindringen kann. Wuhan ist eine Schwerindustrie Region mit vielen Kohlekraftwerken. Die Corona Krise zeigt es ist höchste Zeit die Kohlekraftwerke abzuschalten auch in Offenbach und die ökologische Wende im Nahverkehr durchzuziehen.

- Abschalten des Kohlekraftwerkes in Offenbach jetzt; es ist eine gesundheitliche Bedrohung für uns alle
- Ökologische Wende im Nahverkehr jetzt - auch in Offenbach

Trotz der weltweiten Krise müssen wir mit Erstaunen feststellen, dass die Hochrüstung ohne Einschränkung weiter betrieben wird. Obwohl Deutschland schon in 2019 die höchste Steigerungsrate bei den Rüstungsausgaben hatte, treibt Frau Kramp-Karrenbauer ausgerechnet jetzt die Milliarden kostende Anschaffung von Atombomben voran. Bei Covid 19 ist noch Vieles unbekannt. Die Gefährlichkeit von Radioaktivität kennen wir ziemlich genau. Sie ist immens und war schon hundert-tausendfach tödlich. Dennoch lagern Atombomben in Büchel und Bundeswehr-soldaten trainieren mit ihnen. Deshalb fordern wir

- Abrüsten statt Aufrüsten, sofortige Kürzung des Rüstungshaushalts um 20 %;
- kein Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung;
- kein Grundrechteabbau im Schatten der Krise;
- die Unterfinanzierung der Bildung endlich beenden!
- Gleiche Bildungschancen für alle, nicht der Geldbeutel soll entscheiden
- keine Vernachlässigung des Klimaschutzes und kein Vorrang von wirtschaftlichen Interessen
- für internationale Solidarität und Zusammenarbeit. Weg mit den Sanktionen.

**LASST UNS FÜR UNSERE RECHTE UND EINE LEBENSWERTE UMWELT EINTRETEN –
DESHALB HERAUS ZUM 1. MAI**